

BDI: Ein Wirtschaftsprogramm für Klima und Zukunft

Der Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI) veröffentlichte die Studie „Klimapfade 2.0“, in der gangbare Wege zur Klimaneutralität 2045 in Deutschland aufgezeigt werden sollen.

26

Coverstory

ÖKO+ Fachmagazin für Ökonomie + Ökologie 4|2021

In Europas größter Volkswirtschaft und gleichzeitig Österreichs wichtigstem Handelspartner bahnt sich eine Premiere auf Bundesebene an: Die Verhandlungen zur „Ampelkoalition“ zwischen SPD, FDP und dem Bündnis 90/ Die Grünen sind geglückt. Eine Einigung über einen Koalitionsvertrag ([Link](#)) konnte erzielt werden. Im Bereich der Klima-, Umwelt- und Energiepolitik scheint man im Wesentlichen an die Weichenstellungen der scheidenden Regierungspartner anzuknüpfen. Eine kürzlich erschienene BDI-Studie evaluiert genau diese Weichenstellungen und wagt einen mit Lösungsansätzen gespickten Ausblick.

Papier wird ungeduldig

Der Eindruck täuscht nicht: In den letzten Jahren haben sich Problem- und Handlungsbewusstsein in Bezug auf die Klimakrise bei der Politik nochmals erheblich gesteigert. Dies korreliert nun zum Teil auch mit einer größeren legislativen Tätigkeit oder zumindest der Ankündigung einer solchen. Die Situation in Deutschland weist zudem das Spezifikum auf, dass diese Entwicklungen von Seiten der Rechtsprechung – nämlich vor allem dem nicht unumstrittenen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 24. März 2021 ([Link](#)) – erheblichen Aufwind bekommen haben dürften (vgl. dazu ÖKO+ 2/2021 Seite 48 – [Link](#)). Die Vorgaben des BVerfG setzte der deutsche Bundesgesetzgeber in der Folge durch eine Novelle des Klimaschutzgesetzes um und zog bei der Gelegenheit die Frist zur Erreichung der Treibhausgasneutralität von 2050 auf 2045 vor. Auch vor diesem Hintergrund erachtete der BDI wohl eine Neuauflage seiner bei der Boston Consulting Group (BCG) und der Prognos AG in Auftrag gegebenen und 2018 erschienen

Studie „Klimapfade für Deutschland“ als zielführend. Im Oktober 2021 legte BCG daher das Gutachten „Klimapfade 2.0“ vor: Es soll ein Programm zur Erreichung der bis 2030 gesetzlich festgeschriebenen Senkung der Treibhausgasemissionen um 65 Prozent im Vergleich zu 1990 skizzieren, welches auf die Wettbewerbsfähigkeit und Industriestruktur sowie eine sozial möglichst ausgewogene Kostenverteilung Bedacht nimmt und zugleich die Weichen für die Treibhausgasneutralität im Jahr 2045 stellt.

Runter vom Gas und beschleunigen

Die Herausforderungen sind enorm und die Zeit drängt. Um das 2021 beschlossene Ziel im Jahr 2030 zu erreichen, müssen die Gesamtemissionen in Deutschland bis dahin auf 438 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente (CO₂ä) gesenkt werden. Gegenüber 2019 würde das eine Drosselung um 46 Prozent darstellen. Hier wird die Studie sehr deutlich: Gibt es keine Änderung der Rahmenbedingungen, würde Deutschland seine Reduktionsziele um knapp 43 Prozentpunkte oder 188 Millionen Tonnen CO₂ä verfehlen. Konkretisieren lassen sich diese allgemeineren Ausführungen anhand von vier Sektoren: Industrie, Verkehr, Gebäude und Energiewirtschaft:

- **Industrie:** Im Industriesektor lassen sich die Ziele zur Emissionsreduktion besonders drastisch formulieren: Die jährliche Reduktion der Treibhausgasemissionen muss sich im Vergleich zur Entwicklung seit 2000 um das Sechsfache beschleunigen. Dieses Minus von 37 Prozent gegenüber 2019 kann nur über massive Prozessumstellungen erreicht werden. So müssten in der Stahlerzeugung etwa bereits ein Drittel der Hochöfen bis 2030 durch Direktreduktionsanlagen ausgetauscht

sowie in anderen Bereichen Anlagen für Carbon Capture, Utilization and Storage (CCUs) errichtet werden.

- **Verkehr:** Im Verkehrssektor sind die Treibhausgasemissionen seit 1990 unverändert hoch geblieben. Gegenüber 2019 ergibt sich daher ein Reduktionsbedarf von 48 Prozent. Dazu muss die Verkehrsleistung der Schiene sowohl im Personen- als auch Güterverkehr stark erhöht werden. Für den Antriebswechsel im Straßenverkehr hin zu Batterien und erneuerbaren Kraftstoffen müssten weitere Anreize geschaffen werden und Infrastruktur – konkret: Ladepunkte und Wasserstofftankstellen – massiv ausgebaut werden.
- **Gebäude:** Auch im Gebäudesektor sind die Herausforderungen groß: Die jährlichen Treibhausgasreduktionen müssen sich im Vergleich zur bisherigen Entwicklung verdoppeln, um die 2030-Ziele zu erreichen. Dazu sollten ab sofort keine fossilen Brennstoffe mehr in Neubauten eingesetzt werden und die jährliche Sanierungsrate muss deutlich steigen.
- **Energiewirtschaft:** Die Energiewirtschaft weist im Hinblick auf die Reduktionsziele die Besonderheit auf, dass hier nicht nur die Emissionen im Vergleich zu 2019 mehr als halbiert werden müssen, sondern dass parallel dazu eine bis 2030 um mehr als 40 Prozent gesteigerte Stromnachfrage der anderen Sektoren zu bedienen wäre. Die Studie spricht in diesem Zusammenhang von einem historischen Aufbauprojekt. Zu den wesentlichen Maßnahmen zählen der Ausbau erneuerbarer Stromerzeugungskapazitäten, ein enormer Netzausbau auf allen Spannungsebenen, der Aufbau von Wasserstoff- und CO₂-Transportinfrastrukturen sowie die Gewährleistung der Versorgungssicherheit durch den Zubau von über 40 Gigawatt (GW) Gaskraftwerken insbesondere zur Überbrückung wind- und sonnenarmer Zeiten. Gerade – jedoch keinesfalls nur – im Bereich Energieversorgung rät die Studie zu einer deutlich beschleunigten Planungs-, Genehmigungs- und Einspruchspraxis, denn jede weitere Verzögerung führt nicht nur zu einem Anstieg des ohnehin schon drastischen Aufholbedarfs, sondern auch zu einer abermaligen Steigerung der aufzubringenden Investitionen.
- **Sektorübergreifende Maßnahmen:** Zusätzlich zu den sektorspezifischen Instrumenten nennt die Studie übergreifende Instrumente, die zur Zielerreichung in allen Sektoren beitragen würden. Fossile Energieträger sollten durch eine höhere CO₂-Bepreisung, die Ausdehnung des Emissionshandels sowie eine Energiebesteuerung nach Energiegehalt und Nachhaltigkeitsgrad noch unattraktiver werden. Entsprechend sollten auch die Strompreise für erneuerbare Wärmeanwendungen in Industrie und Gebäuden entlastet und so weitere Anreize für einen Wechsel zu Strom geschaffen werden. Als weitere übergreifende Instrumente werden ein nationales Infrastrukturprogramm sowie eine nationale Biomassestrategie angeraten.

Ausgaben: Historisch, aber nicht beispiellos

Der Ambition der Ziele entspricht die Höhe der benötigten Investitionen. Zur Erreichung der Klimaschutzziele ist in Deutschland bis 2030 mit Mehrinvestitionen in der Höhe von 860 Milliarden Euro zu rechnen. Davon entfallen 50 auf die Industrie, 220 auf den Verkehr, 175 auf den Gebäudesektor und 415 Milliarden auf die Energiewirtschaft. Jährlich sind das 100 Milliarden Euro im Jahr oder 2,5 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Ohne staatliche Unterstützung ist eine solche Transformation weder für die Wirtschaft noch für private Haushalte zu bewältigen. Bis 2030 rechnet die Studie hier mit zusätzlichen öffentlichen Ausgaben zwischen 230 und 280 Milliarden Euro. Zur Finanzierung stünden vier Hebel zur Verfügung: Einsparungen, Abgaben, Steuern und Schulden. Die Autoren verzichten hier auf konkrete Empfehlungen und verweisen auf die Notwendigkeit einer breiten gesellschaftlichen Debatte, um eine gerechte, tragbare und akzeptable Lastenverteilung herbeizuführen. Obwohl die für den Klimaschutz zu tätigenden Ausgaben ein historisches Ausmaß erreichen würden, wären sie laut Studie nicht beispiellos: Das öffentliche Fördervolumen käme auf in etwa die Größe des Marshall-Planes und die Gesamtausgaben für Förderung und Ausgleich dürften laut Prognose hinter jenen für die deutsche Wiedervereinigung im Zeitraum 1990 bis 2003 zurückbleiben.

Internationale Abstimmung

Zu beachten wäre laut Studie, dass selbst bei Erreichung der Treibhausgasneutralität 2045 ein enormer Importbedarf erneuerbarer Energieträger bestehen bleibt. Zuletzt ist noch auf die internationalen Zusammenhänge hinzuweisen, denn einen Einfluss auf das Weltklima haben nationale Anstrengungen erst im Verbund mit Partnern innerhalb und außerhalb Europas. Auch die Koalitionäre in Deutschland heben die Notwendigkeit hervor, den EU-CO₂-Grenzausgleichsmechanismus WTO-konform auszugestalten und die Exportindustrie nicht zu benachteiligen. So enthält der Koalitionsvertrag auch ein Bekenntnis zur Schaffung „eines für alle Staaten offenen internationalen Klimaclubs mit einem einheitlichen CO₂-Mindestpreis und einem gemeinsamen CO₂-Grenzausgleich“. ●



Daniel Romanchenko MA (WKÖ)
daniel.romanchenko@wko.at